

2. Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Kernenergie (12/WE 4/178)

Diskussion

Präsident: Der Bericht des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Den Kommissionsbericht zu diesem Geschäft haben Sie vorgängig erhalten. Für die Tribünenbesucher liegen Kopien auf.

Bevor wir den Bericht kapitelweise diskutieren, eröffne ich - im Sinne einer Eintretensdebatte - die Diskussion über den Bericht als Ganzes. Das Wort hat zuerst der Kommissionspräsident, Kantonsrat Walter Strupler.

Kommissionspräsident **Strupler**, SVP: Es ist nicht üblich, dass zu einem Bericht eines Antrages eine Kommission bestellt wird. Ich bedanke mich bei den Kommissionsmitgliedern, Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer, Andreas Keller, Generalsekretär des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft, Andrea Paoli, Leiter Abteilung Energie sowie Véronique Junghans für ihre Unterstützung. Es war der Sache sicher dienlich, dass der Bericht von einer Kommission diskutiert wurde. Es wird sich heute zeigen, ob die Meinungen des Parlamentes in der Kommission richtig vertreten wurden. Der Antrag wurde am 30. März 2011, also drei Wochen nach der Katastrophe in Fukushima eingereicht. Am 25. Januar 2012 wurde der Antrag mit 101:0 Stimmen gutgeheissen. Drei Jahre später ist der Schock weg und die Realität wieder da: Wir alle wollen billigen Strom. Es ist erschreckend, wie wenig sich die Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen (EVUs) und die grossen Stromlieferanten in dieser Zeit verändert haben. Als die Axpo vor 100 Jahren gegründet wurde, wurde noch mit Fuhrwerken gearbeitet, und es gab auch mehr Pioniergeist als heute. Ohne mutige Schritte werden wir die Energiewende und den Ersatz der Atomenergie nicht schaffen. Es bleibt uns keine andere Wahl. Jetzt können wir noch agieren, später werden wir nur noch reagieren müssen. Ich war dennoch über den mehrheitlichen Konsens in der Kommission überrascht. Die Kommission ist mit grosser Mehrheit für Eintreten.

Dransfeld, SP: Mit Sonnenenergie und staatlichen Subventionen produzieren wir seit vielen Jahren erfolgreich ein Produkt, welches ich hier vorstellen möchte. Dieses Produkt hat den Energieinhalt eines Esslöffels Öl. Wir produzieren davon jährlich eine halbe Milliarde. Dies würde genügen, ein Prozent unseres Stromverbrauchs zu decken und daneben noch ein paar Tausend Haushalte zu heizen. Ich rate davon ab, dieses Produkt zu trocknen und zu verbrennen. Ich empfehle vielmehr, unsere Äpfel auch in Zukunft in fester Form zu essen oder in flüssiger Form zu trinken. Solchermassen gestärkt wird es uns gelingen, andere heimische Energiequellen zu erschliessen und zu nutzen, wie es das Konzept empfiehlt. Heute stammen drei Viertel unseres Stromes aus Atomkraftwerken, die in 30 Jahren nicht mehr laufen werden. Deshalb sind Alternativen gefragt, vorzugs-

weise saubere, gefahrlose und einheimische. Der Grosse Rat wollte dies vor zwei Jahren vom Regierungsrat wissen. Der Regierungsrat legt uns seine Vorstellungen in einem Konzept dar, das fundiert, breit abgestützt und verständlich abgefasst ist und in einem Bericht, der im Formulieren ehrgeiziger Ziele mutig, gleichzeitig aber seriös ist, indem er realistische Wege zu den Zielen aufzeigt. Konkret wird vorgeschlagen, bis 2020 vom heutigen Konsum 3 % einzusparen, 4 % mehr erneuerbar und weitere 4 % durch Wärmekraftkoppelung zu decken. Damit reduzieren wir unseren Atomanteil innerhalb weniger Jahre von drei Viertel auf zwei Drittel. Mittelfristig soll bei kaum spürbarer Verbrauchsreduktion ein kontinuierlicher Ausbau von Energie aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse von jährlich etwa 5 % bis 10 % erfolgen, sodass wir in 25 Jahren ohne Atomstrom auskommen. Eine Reihe von Massnahmen soll diesen Prozess ermöglichen. So soll der Strom, um unter anderem energieeffiziente Investitionen zu fördern, um 0,5 Rappen bis 0,8 Rappen teurer werden, womit er immer noch weit weniger kostet als bei unseren nördlichen Nachbarn. Das Konzept bleibt realistisch. Es sieht nur geringe Verbrauchsreduktionen vor. Es veranschlagt nur einen Teil des solaren Potenzials, und es verzichtet auf eine durchaus denkbare, mögliche Thurgauer Eigenversorgung. So verwundert es nicht, dass ein dritter und noch ehrgeizigerer Weg sehr ernsthaft diskutiert wurde. Mir ist dieser sehr sympathisch. Im Sinn der vorberatenden Kommission bin ich aber gerne bereit, dem Vorschlag des Regierungsrates den Vorzug zu geben. Das Konzept steht in bester Tradition einer vorbildlichen Energiepolitik im Kanton Thurgau, die uns keineswegs zurück in die Steinzeit geworfen, sondern vielmehr Märkte für innovative Betriebe erschlossen hat. Energie ist und bleibt eine Aufgabe der Gemeinschaft, die nicht ohne staatliche Lenkung auskommt. Diese staatliche Lenkung ist aber so auszugestalten, dass Markt und freier Wettbewerb gewährleistet bleiben. Mit der unternehmerfreundlichen Investitionsförderabgabe, die uns der Regierungsrat vorschlägt, ist dies im vorliegenden Konzept hervorragend gelungen. Die Arbeit des Regierungsrates verdient Dank und Anerkennung. Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen SP-Fraktion, das Konzept ebenso positiv aufzunehmen, wie es auch die vorberatende Kommission getan hat.

Gemperle, CVP/GLP: Das grösste Problem unserer heutigen Energieversorgung ist die grosse Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern. Die Schweiz steht mit 70 % noch etwas besser da. Weltweit sind 80 % von fossilen Energieträgern abhängig. Dies stellt aus Sicht der weltweiten Klimaerwärmung ein riesiges Problem dar. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) rechnet nach wie vor mit einem rasanten Anstieg des weltweiten Energiehungers von mehr als einem Drittel innerhalb nur zwei Jahrzehnten. Dieser Anstieg wird ebenfalls mehrheitlich durch fossile Energien gedeckt werden, umso mehr als nun auch noch die überrissene Gasförderung durch Fracking in den USA zu völlig falschen Anreizen führt. So ist der Preis für Kohle drastisch gesunken, was dazu geführt hat, dass Deutschland letztes Jahr rekordhohe 50 Millionen Tonnen Steinkohle aus

Übersee importiert hat. Damit wird in deutschen Kraftwerken Strom produziert, was das Zeug hält. Die Folgen sind bekannt: Überangebot und Preiszerfall an den Strombörsen. Das führt soweit, dass selbst unsere abgeschriebenen Wasserkraftwerke bald nicht mehr rentabel betrieben werden können. Weltweit boomt die Kohlekraft. Im letzten Jahrzehnt stieg der Verbrauch von Kohle um über 50 % auf die unvorstellbare Menge von 5 Milliarden Tonnen, was 14 Milliarden Tonnen CO₂ entspricht, also 2 Tonnen CO₂ pro Erdenbürger. Dies bedeutet aber auch 500 Tonnen Quecksilber jährlich, welches sich so in unserer Nahrungskette ablagert. Trotz Boom der erneuerbaren Energien in Deutschland boomt auch die besonders klimaschädliche Verstromung von Braunkohle. Der Grund liegt vor allem im Preiszerfall für Verschmutzungsrechte, den CO₂-Zertifikaten in Europa. Wie absurd und gefährlich eine solche Entwicklung für unsere Zukunft ist, muss ich nicht weiter ausführen. Es ist tragisch, denn es handelt sich so oder so um ein Strohfeuer. Es ist absehbar, dass uns in Zukunft wieder versiegende Ölquellen, stark anziehende Energiepreise und der Abfluss der Milliarden in wenig vertrauenerweckende Staaten beschäftigen werden. Trübe Aussichten für eine Gesellschaft, welche völlig von der Energie abhängig ist. Die Vorgänge in der Ukraine und den umliegenden Staaten bestätigen einmal mehr, wie verwundbar und erpressbar wir eigentlich sind. Wir müssen alles daran setzen, die fast totale Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu durchbrechen. Dies muss in erster Linie durch Massnahmen im Effizienzbereich geschehen. Minergie, Minergie-P, PlusEnergieBauten, effizientere Fahrzeuge, Beleuchtungen, Maschinen und Geräte sowie Effizienzprogramme bei Prozessabläufen sind nicht nur unabdingbar zur Senkung des CO₂-Ausstosses und damit zur Erreichung der weltweiten Klimaziele, sondern mit der Umsetzung dieser Massnahmen steigt in der Regel auch die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Auch die Mobilität muss über kurz oder lang auf eine nachhaltige Basis umgestellt werden. Dies bedeutet nebst effizienteren Motoren und Antrieben natürlich auch die Umstellung auf Elektrizität. Diese Tatsache führt uns zum zweiten Problem, insbesondere unserer Thurgauer Energieversorgung und die grosse Abhängigkeit von Strom aus nicht erneuerbaren Nuklearanlagen aus dem In- und Ausland. Am Ausstieg aus der Atomenergie führt mittelfristig kein Weg vorbei. Denn alleine die Tatsache, dass auch die Nuklearvorräte zur Neige gehen, lässt gar keinen anderen Weg zu. Wer tatsächlich an den Bau eines neuen Atomkraftwerkes in der Schweiz glaubt, der sollte vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, dass selbst der Bau von kleinen und dezentralen Anlagen für erneuerbare Energien immer mehr zu einem Problem wird. Wir können diese neuen Herausforderungen nur meistern, wenn wir gemeinsam Konzepte und Strategien erarbeiten und auch gemeinsam umsetzen. Ich möchte an dieser Stelle all jene Kräfte warnen, die nicht müde werden, die Probleme im Bereich der Klima- und Energiepolitik gering zu reden. Wir brauchen den Mut und die Kraft, um zu handeln. So gesehen ist klar, dass die CVP/GLP-Fraktion das vorliegende Konzept des Regierungsrates mit Freude zur Kenntnis genommen hat und in allen Teilen unterstützt. Mehr Stromeffizienz, ein starker Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien und darauf

abgestimmt eine Anpassung der gesamten Strominfrastruktur - auf diesen drei Säulen muss unsere Stromversorgung der Zukunft abgestützt und ausgebaut werden. Nur dieses Fundament kann den grossen Herausforderungen der Zukunft standhalten. Davon ist unsere Fraktion überzeugt. Wir danken dem Regierungsrat herzlich für den Mut, dieses Konzept so umsetzen zu wollen.

Pretali, FDP: Es geschah im Jahr 2011. Am 11. März verursachte ein Tsunami eine Nuklearkatastrophe in Fukushima. Bereits zwei Wochen danach, am 25. März, stellte der Bundesrat seine neue Energiestrategie 2050 vor. Kernaussage darin war, die bestehenden Kernkraftwerke gestaffelt stillzulegen. In diesem Zusammenhang wurde der Regierungsrat beauftragt, für den Thurgau ein Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Kernenergie zu erarbeiten. Grundsätzlich teilt die FDP die Feststellung des Regierungsrates, dass eine Neuausrichtung der Energieversorgung und damit die Umsetzung der Energiewende grosser gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung bedürfen. Wir alle haben einen Beitrag zu leisten. Über die Frage darüber, welche Art der Stromproduktion und welche Effizienzmassnahmen die richtigen sein sollen, ist längst ein eigentlicher Glaubenskrieg ausgebrochen. Es ist deshalb genau zu prüfen, wer aus welchem Grund wofür lobbyiert. Der Regierungsrat hat es sich unter diesen Umständen nicht einfach gemacht, aus den vielen möglichen Massnahmen ein für den Thurgau geeignetes Konzept zu schnüren. Für die FDP sind allfällige Massnahmen auf die Einhaltung folgender vier Kriterien zu überprüfen: 1. Die Massnahme muss mit der Energiestrategie des Bundes verträglich sein. 2. Fördermechanismen sind durch geeignete Lenkungsinstrumente abzulösen. 3. Kein Festschreiben von Energieproduktionsarten und keine vorschnellen Technologieverbote. 4. Belohnungssysteme für Effizienzmassnahmen müssen zeitlich begrenzt, einfach und in der Wirkung überprüfbar sein. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für das erarbeitete Konzept, welches Massnahmen formuliert, die unter den genannten Bedingungen prüfenswert erscheinen. Lediglich die Massnahme 3 mit dem erneuerbaren Strom als Basisangebot findet keine Unterstützung. Unsere Fraktion hofft, dass es dem Regierungsrat gelingt, aus der heutigen Diskussion die umsetzbaren Schwerpunkte für eine zukünftige Thurgauer Stromversorgung ohne Kernenergie herauszuhören.

Blatter, SVP: Wir sind der Auffassung, dass das vorliegende Stromkonzept nichts mehr mit einer abgestimmten Energiepolitik zu tun hat. Es enthält verschiedene Ansätze, über welche diskutiert werden kann, eine weitere kantonale kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) wird von unserer Fraktion jedoch grossmehrheitlich abgelehnt. Wollen wir wirklich teilweise zu einer Planwirtschaft zurückkehren? Wollen wir dies zulasten des Gewerbes, der Industrie und der Haushalte? Auch wenn verschiedene Rückvergütungen im Konzept angesprochen werden, müssen einzelne Anspruchsgruppen dafür die Zeche bezahlen. Der Thurgau hat in Sachen "Energieförderung" bereits durch sein Förderpro-

gramm von jährlich 22 Millionen Franken eine führende Rolle eingenommen. In diesem Förderprogramm sollte auch noch ein Teil der vorgesehenen Massnahmen Platz finden. Die Fördergelder müssen auch finanziert werden. Schlussendlich stammen sie teilweise aus dem Steuersubstrat, sprich von Privaten und der Wirtschaft. Dass diese Gruppen betreffend die geplanten neuen Abgaben nicht einmal angesprochen wurden, ist störend, wurde doch ein entsprechender Einbezug im Bericht des Regierungsrates betont. Wir werden bei den weiteren Schritten des Regierungsrates hierauf ein besonderes Augenmerk legen. Ebenfalls ist störend, dass die kritischen Stellungnahmen von verschiedenen, bei der Ausarbeitung des Konzeptes Mitwirkenden, nicht erwähnt wurden. Auch wenn auf den ersten Blick die geplante Förderabgabe von 0,5 Rappen respektive 0,8 Rappen pro Kilowattstunde (KWh) isoliert betrachtet für Privathaushalte noch vertretbar wäre, hier liegen wir bei Mehrkosten zwischen Fr. 30.-- und Fr. 50.-- pro Jahr, so sind es die vielen nicht kumulierten Massnahmen, die schliesslich die Familien belasten: Eine erneute Erhöhung der Bundes-KEV auf den 1. Januar 2015 von 0,6 Rappen auf 1,1 Rappen pro KWh, die weiterhin nach oben offen ist, administrative Kosten, die aufgrund eines Systemwechsels auf ein anderes Angebot wie beispielsweise das Basisangebot den Endverbrauchern durch die EVUs weiterverrechnet werden und die geplante Abdeckung eines fehlenden grünen Stromes durch Zertifikate, was wir als Alibiübung bezeichnen, denn dadurch produzieren wir keine KWh mehr an erneuerbaren Energien, sondern verkaufen alten Wein in neuen Schläuchen. Zudem werden die steigenden Netzkosten, die unter anderem auch durch den Ausbau von dezentralen Energieerzeugnis-Anlagen entstehen, den Endverbrauchern belastet. Eine Zusammenfassung aller Kosten relativiert die durch eine mögliche neue Thurgauer Abgabe entstehenden Kosten für die Einzelnen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Potenzial ausser für Sonnenenergie im Thurau eher bescheiden ist. Zudem wird Strom- und Wärmeproduktion durch Photovoltaik und Solaranlagen bereits mehrfach gefördert. Hierfür ist auch aufgrund der sinkenden Gestehungskosten eine weitere Förderung nicht sinnvoll. Grundsätzlich sollte der Ansatz sein, dass fossile Energieträger, die zur Vermehrung des Treibhauseffektes beitragen, reduziert werden müssen. Mit der heutigen Politik erreichen wir dies jedoch nicht, da wir den wachsenden Stromverbrauch ohne Kernenergie kompensieren wollen. 2013 verzeichneten wir mit 59,3 KWh den zweithöchsten, je gemessenen Wert in der Schweiz. Wir haben ambitionöse Ziele, dass bei wachsender Bevölkerung gleichzeitig der Stromverbrauch bis 2035 gegenüber 2010 um 1,4 % sinken soll. Viele EVUs leisten bereits heute Beiträge für verschiedenste Förderungen, sei dies durch Unterstützungszahlungen, Beteiligung an Anlagen für neue erneuerbare Energien in einem grösseren Verbund oder durch eigene Strategievorgaben in der Umsetzung des Masterplanes für einen längerfristigen Ausstieg aus der Kernenergie. Zusätzlich erfolgen teilweise grosszügige Regelungen für die Abgeltung der Stromrückspeisungen. Die Kosten dieser weitergehenden Förderungen tragen ebenfalls die Endkonsumenten. Unseres Erachtens sollte der Kanton bei seinem bisherigen Energieförderungskonzept bleiben und

auf weitere Investitionsförderabgaben verzichten. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, dass es im Kanton nur noch ein Förderkonzept geben würde, und die Gemeinden im Gegenzug auf ihre einzelnen Förderungen verzichten, was jedoch eher unwahrscheinlich ist. Werkverantwortliche und ich sind der Meinung, dass wir mit einer Umsetzung der im Konzept vorgeschlagenen Massnahmen das gute Produkt "Thurgauer Naturstrom" gefährden und "chüble chönned". Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion ist gegen eine zusätzliche Investitionsförderabgabe und die damit verknüpften Massnahmen. Wir wollen keine weitere Bevormundung durch den Staat. Wie erwähnt könnten wir uns einzelne Massnahmen befristet und im Rahmen des bestehenden Fördermodells vorstellen. Für die Energiewende braucht es ein global betrachtetes, abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen. Ein abgestimmtes Vorgehen können wir im vorliegenden Konzept jedoch nicht erkennen.

Beerli, EDU/EVP: Auch die EDU/EVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat, dass er den Auftrag zur Erarbeitung dieses Konzeptes so positiv aufgenommen und bearbeitet hat. Der Grundlagenbericht bildet wirklich eine gründliche Grundlage für zukunftsgerichtete Entscheide. Wir danken dem Regierungsrat für das Konzept, welches er auf der Basis des Grundlagenberichtes erarbeitet hat und zur Diskussion stellt. Der Regierungsrat hält in den grundsätzlichen Erwägungen fest, dass die Umsetzung der Energiewende eine grosse gemeinsame Anstrengung der verschiedensten Player in der Öffentlichkeit, aber auch im Privatleben erfordert. Ein zentrales Ziel der heutigen Diskussion ist es, dass das Parlament, welches dem Regierungsrat den Auftrag zur Erarbeitung des Konzeptes erteilt hat, diesem nun auch den Rücken stärkt, um zügig und entschlossen vorwärts machen und das Konzept umsetzen zu können. Diese grundsätzliche Zustimmung zum Konzept erhält der Regierungsrat von unserer Fraktion hiermit einstimmig, ausdrücklich und vollumfänglich. Der Regierungsrat hat einen guten und realistischen Mix aus den beiden Strategievarianten des Grundlagenberichtes erstellt und orientiert sich nicht nur an Minimalzielen, sondern legt durchaus maliziöse Ziele fest. Dabei hält er im Auge, was umsetzbar und mehrheitsfähig ist. Wir befürworten insbesondere das zentrale Element der Erhebung einer Investitionsförderabgabe auf die Netznutzung. Die vorgeschlagenen Abfederungsmassnahmen für die Wirtschaft sind genial und fördern die Bereitschaft für Investitionen im Energiereduktionsbereich. Leidtragende könnten etwa solche Personen sein, die ihre Anlage bereits weitgehend optimiert haben und auf den ersten Blick kein Einsparpotenzial mehr sehen. Uns scheint dies ein relativ geringfügiges und durchaus lösbares Problem zu sein. Es beeinträchtigt unsere grundsätzliche Zustimmung zur Förderabgabe nicht. Wir befürworten auch eine möglichst hohe Stromproduktion im Kanton. Dabei ist in der Kommission festgestellt worden, dass das Potenzial an zusätzlich erneuerbarem Strom bis 2020 nicht 70 Gigawattstunden (GWh), sondern 150 GWh pro Jahr ist. Diese Korrektur ist wie im Kommissionsbericht vermerkt, von der Abteilung Energie als realisierbares Ziel bestätigt worden. Diese Zahl sollte als Minimum angestrebt wer-

den. Ich möchte mich an dieser Stelle bereits zum Dilemma der Wärmekraftkopplungs-Anlagen (WKK) äussern. Bei nüchterner Betrachtung stellt man fest, dass wir in den kommenden Jahren nicht gleichzeitig total aus der Atomenergie und aus den fossilen Energien aussteigen können. Wir können nicht unmittelbar sämtliche Ölheizungen durch Wärmepumpen ersetzen. Dies würde die gewünschte Stabilisierung oder gar Senkung der Stromnachfrage massiv ins Gegenteil umkehren. Wenn schon weiterhin mit Öl oder Erdgas geheizt wird, soll dies auf die möglichst effizienteste Weise geschehen. WKK-Anlagen sind dafür wahrscheinlich nicht schlecht geeignet. Sie helfen auch, das Problem der mangelnden Sonnenenergie im Winter etwas zu entschärfen. In diesem Sinn unterstützen wir für die kommenden Jahre den Ausbau von WKK-Anlagen, bis vielleicht andere Möglichkeiten vorhanden sind. Bei allen Rückschlägen, die möglicherweise durch Erdbeben verursacht zu verzeichnen waren, bleibt das Thema der Geothermie weiterhin hoch aktuell. Die praktisch unbegrenzt vorhandene Energie im Erdinneren soll weiterhin erforscht und nutzbar gemacht werden. Dies sollte uns eigentlich so viel oder mehr wert sein als die Nuklearforschung.

Egger, GP: Wir danken dem Regierungsrat für den umfassenden Bericht. Es zeigt sich, dass "Angstmacherei" rund um den Atomausstieg nicht nötig ist. Der vorgelegte Bericht legt dar, dass ein Thurgauer Strommix ohne Kernenergie technisch gut realisierbar ist und mit geringen Kosten erreicht werden kann. Nachdem der Bundesrat und das Parlament den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen haben, liegt es nun an uns, dem Kanton Thurgau, die Massnahmen für den Ausstieg in die Wege zu leiten. Unser Kanton ist dazu prädestiniert. Immerhin haben über 80 % der Thurgauer Stimmberechtigten zu einer fortschrittlichen Energiepolitik Ja gesagt. Der Bericht listet Varianten zur Deckung der Stromnachfrage aus. Unseres Erachtens müssen dabei folgende Prioritäten gesetzt werden: In erster Priorität soll das Potenzial der erneuerbaren Energien im Thurgau ausgeschöpft werden. Im Vordergrund steht Strom aus Sonnenenergie. Bereits in den nächsten zehn Jahren können Photovoltaikanlagen problemlos mehr als 10 % des Thurgauer Stroms liefern. Ebenso lässt sich die Stromproduktion aus Holz und Biomasse steigern. In zweiter Priorität sollen die erneuerbaren Energien in der Schweiz genutzt werden. Wir sind an den Anlagen der Axpo beteiligt. Da sollte ein privilegierter Bezug möglich sein. Schliesslich steht die Beteiligung an erneuerbaren Energien im In- und Ausland in dritter Priorität. Auch da kann die Axpo eine Rolle spielen. Wenn wir diese Prioritäten mit Engagement angehen, brauchen wir weder Strom aus fossilen WKK-Anlagen noch den Einkauf von Zertifikaten. Die Setzung von Prioritäten scheint mir wichtig, jedenfalls wichtiger als endlose Diskussionen über die Strategievarianten. Entscheidend sind nun aber die Massnahmen, welche wir heute teilweise noch beschliessen werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen in die richtige Richtung. Die grosse Mehrheit der Kommission hat diese unterstützt. Die Grünen unterstützen sämtliche Massnahmen, welche vorgeschlagen werden. Im Thurgau steht die Förderung der erneuer-

baren Energien aus Sonnenkraft, Holz und Biomasse an erster Stelle. Der Regierungsrat ist hier noch zu vorsichtig. Während der Beratung gelangte die Kommission zur Kenntnis, dass das Potenzial mehr als verdoppelt werden kann. Als zweite wichtige Massnahme ist das Basisangebot für EVUs wichtig. Damit unterstützen wir die Wasserkraft, die derzeit preislich unter Druck steht. Das Basisangebot ist heute nicht mehr etwas Exotisches. Selbst im Kanton Zürich wird es flächendeckend eingeführt. Eine weitere wichtige Massnahme ist die Förderung der Wärmenetze. Ich möchte das ausdrücklich hier erwähnen. Für grosse Anlagen mit Holz, Biomasse oder Abwärme benötigen wir Wärmenetze im dicht besiedelten Gebiet. Investitionsförderabgabe: Unseres Erachtens ist dies ein ausserordentlich wichtiges Instrument, welches sehr marktkonform ist. Wir betrachten diese Abgabe als Kernelement des ganzen Berichtes, andernfalls kann man die Ziele nicht erreichen. Die Abgabe in der Höhe von 0,8 Rappen KWh kostet lediglich Fr. 20.-- pro Person. Die Erträge können in Effizienzmassnahmen investiert werden. Mit einer solchen Abgabe können wir einen doppelten Nutzen erzielen. Zum einen wird der Strom etwas teurer, das heisst, der Anreiz, um Strom zu sparen, wird grösser und zum anderen erhalten jene eine Unterstützung, die in erneuerbare Energien oder Effizienzmassnahmen investieren. Wir erachten die Erleichterungen für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als sehr sinnvoll. Jene, welche investieren, erhalten die Abgabe zurück. Auch bei der Wirtschaft werden also jene belohnt, welche einen Beitrag leisten. Solche Betriebe möchten wir fördern. Für Betriebe, die selber investieren, ist die Massnahme kostenneutral. Die Energieeffizienz darf nicht vergessen werden. Es ist ausserordentlich wichtig, dass wir versuchen, den Stromverbrauch zu reduzieren. Hier steht sicher der Ersatz von Elektroheizungen und Elektroboilern im Zentrum. Diese benötigen heute mehr 1,5 % des gesamten Stroms im Kanton. Wir Grünen erwarten, dass der Regierungsrat die Massnahmen zügig an die Hand nimmt, damit der Kanton weiterhin bei den fortschrittlichen Energiekantonen bleibt.

Helpfenberger, BDP: Die BDP-Fraktion bedankt sich für den umfassenden Bericht. Der Thurgau hat einen der grössten Anteile an Atomstrom im Energiemix. Währenddem der Kernkraftanteil im Schnitt aller Kantone nur bei 40 % liegt, beziehen wir Thurgauer 75 % unseres Stromes aus Atomkraftanlagen. Unsere Kernkraftwerke sind in die Jahre gekommen. Ein Neubau ist in der Schweiz nicht mehr mehrheitsfähig. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als nach Alternativen zu suchen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Der Grundlagenbericht dient uns dazu als nützliches Hilfsmittel. Die BDP-Fraktion unterstützt die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen vollumfänglich. Die Investitionsförderabgabe auf die Netznutzung ist sehr moderat und verkraftbar, und doch gibt sie die Möglichkeit, Fördergelder für die Reduktion der Stromnachfrage und für die Stromproduktion erneuerbarer Energien auszus zahlen. Erneuerbare Energien als Basisangebot anzubieten, hat für die BDP-Fraktion höchste Priorität. Zwar kann jeder Endverbraucher jetzt schon entscheiden, ob er Strom aus erneuerbarer Energie will, er muss aber selber aktiv

werden. Wenn man den Spiess umdreht, muss jener aktiv werden, welcher ausdrücklich noch Atomstrom will. Die BDP nimmt den Bericht zur Kenntnis. Wir erwarten, dass Massnahmen getroffen werden und uns nicht einfach nur ein Papiertiger vorgelegt wurde.

Kappeler, GP: Als Mitglied der Arbeitsgruppe habe ich die Entstehung des Konzeptes aus nächster Nähe verfolgt. Vom Ergebnis und der Qualität der Arbeit bin ich überzeugt. Allerdings lässt der Bericht für unsere Energiezukunft einen breiten Spielraum offen. Er reicht von einer Politik der tiefgehaltenen Strompreise, Beteiligungen an ausserkantonalen Anlagen und der vermehrten Stromimporte bis hin zu einer Thurgauer Energiezukunft mit möglichst grossen Anteilen an einer Stromproduktion im Thurgau sowie einer massiv verbesserten Stromeffizienz. So die Strategievariante 2. Weil den Umweltverbänden und Energiefachleuten Thurgau auch diese Variante zu zurückhaltend war, reichten wir eine zusätzliche Strategievariante 3 ein. Heute geht es allerdings nicht darum, eine Auseinandersetzung um Varianten zu führen. Das wird aus dem Bericht der vorberatenden Kommission klar. Vielmehr geht es heute darum, dem Regierungsrat zu signalisieren: 1. Dass der Grosse Rat sich nicht mit dem Vollzug der Bundespolitik begnügen würde, sondern den bereits eingeschlagenen Weg einer nachhaltigen, progressiven und gewerbefreundlichen Politik weiterverfolgen will. Wir wollen die Nummer 1 bleiben. 2. Dass wir zu einem der Kernelemente der Variante 2, der Investitionsförderabgabe, klar Ja sagen. Sie ist notwendig und verfügt über einen klugen Mechanismus, in welchem die Abgabe in dem Mass zurückgefordert werden kann, als ein Betrieb in Energieeffizienz investiert. 3. Es geht darum, Regierungsrat und Verwaltung zu ermutigen, zügig einige konkrete Massnahmen anzupacken, die der Energieeffizienz oder der Thurgauer Energieproduktion dienen. Ich denke da an das nicht nachgefragte Basisangebot aus erneuerbaren Energien, im Konzept die Massnahme A1, den Ersatz der elektrischen Widerstandsheizung, Massnahme N4, die Förderung der Photovoltaik, Massnahme A3, der Wärmenetze, Massnahme A8, der Biomassenutzung, Massnahme A4, usw. Selbstverständlich stehen immer die Kosten solcher Massnahmen im Fokus. Wir sollten aber auch sehen, welche regionale Wertschöpfung eine fortschrittliche Energiepolitik mit sich bringt. Mit Variante 2, die auf Stromeffizienz und auf eigene Produktion setzt, würden wir in der Region eine Wertschöpfung von 1'140 Millionen generieren mit Aufträgen für das Bau- und Nebengewerbe, die ganze Cleantech Branche, Planer und Landwirte, die zu Energiewirten werden, Tiefbauunternehmer sowie Maschinen- und Apparatebauer. So sieht unsere Energiezukunft aus: Gewerbe- und umweltfreundlich.

Paul Koch, SVP: Der Grundlagenbericht umfasst ein vielseitiges Thema, sei es die dicke Broschüre oder die vielen Faktoren, welche den Thurgauer Strommix beeinflussen könnten. Das Konzept beinhaltet sehr ehrgeizige Ziele. Diese dürften nur schwer erreichbar sein. Es weist dem Regierungsrat und uns Nutzern von Strom und Energie eine Richtung, welche wir unbedingt verfolgen sollten. Denn so wie heute können wir nicht

weiterhin Energie verbrauchen. Es ist auch nötig, dass wir dort, wo es möglich ist, Energie einsparen. Es geht nicht nur darum, Atomstrom durch erneuerbare Energien zu ersetzen, sondern auch darum, den Verbrauch zu reduzieren. Die aktuellen Entwicklungen zeigen aber, dass eine Reduktion des Stromverbrauchs durch unser Konsumverhalten und den Wechsel von fossiler auf Stromenergie schwierig zu erreichen ist. Meines Erachtens ist es Voraussetzung, dass der Bund, der Kanton, die Politischen Gemeinden und weitere öffentliche Institutionen mit guten Beispielen vorangehen und eine Vorbildfunktion erfüllen müssen. Der Regierungsrat setzte unter der Leitung der Abteilung Energie eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Grundlagenberichtes ein. Viele Interessengruppen waren vertreten. Ich frage mich, weshalb neben den Naturschutzvertretern beispielsweise nicht auch noch Vertreter aus der Industrie und dem Gewerbe, und damit grosser Verbraucher von Strom, Platz hatten. Ich schliesse mich der Meinung des Regierungsrates an, dass mit einer Mixvariante zwischen den Strategien 1 und 2 die am ehesten erreichbaren Massnahmen gewählt werden könnten. Deckung der Stromnachfrage: Ich bin kritisch dazu eingestellt, eine Stromproduktion aus fossilen Energieträgern zu fördern und damit die CO₂-Belastung zu erhöhen. Der Kauf von Zertifikaten für erneuerbare Energie ist meines Erachtens eher eine Augenwischerei. Massnahmenpakete: Die Grundidee der Investitionsförderabgabe auf die Netznutzung kann ich unterstützen, wenn diese das Gewerbe möglichst wenig belastet und nicht nach dem Giesskannenprinzip ausbezahlt wird, sondern gezielt an wirksame, innovative und energieeffiziente Projekte zurückfliesst. Diese Abgabe sollte zeitlich befristet werden. Die Mittelverwendung ist noch zu überdenken. So habe ich etwas Mühe damit, dass der Ersatz von elektrischen Widerstandsheizungen mit nicht rückzahlbaren Beiträgen gefördert werden soll. Diese Massnahme sollte eigentlich von den Bauherren finanziert werden, welche vor Jahren tiefere Investitionskosten hatten und von den Elektrizitätswerken unterstützt werden, welche jahrelang viel Strom verkaufen und gute Einnahmen erwirtschaften konnten. Vielleicht braucht es hier eine Vorschrift für den Ersatz von elektrischen Widerstandsheizungen. Eine hohe Priorität hat die Erforschung und Herstellung von Anlagen für die Stromproduktion mit erneuerbaren Energien, besonders mit Biomasse, bereits in kleineren Heizanlagen und Wärmeverbunden. Dies sollte stark unterstützt werden. Hier liegt viel Potenzial für Bandenergie brach. Fossil erzeugter Strom sollte möglichst wenig gefördert werden. Oder sollen wir plötzlich wieder mehr CO₂ produzieren? Ein beachtliches Potenzial liegt wohl auch in der intelligenten Steuerung der Stromtransporte und -versorgung und in den noch veralteten Tarifkonzepten bei vielen Energieversorgungsunternehmen. Jedes Watt Strom, welches nicht verbraucht wird, bedeutet weniger Energie aus Atom, Kohle usw. Also wünsche ich mir, dass der Kanton auch als Bauherr im Einsparen von Strom vermehrt deutliche Zeichen setzt, bei seinen Bauten zukünftig mehr Energie einsparendes Holz verwendet, mit Hanf oder Schafwolle dämmt und stromfressende Beleuchtungen durch super sparsame Leuchten ersetzt.

Heim, CVP/GLP: Als Mitglied der vorberatenden Kommission habe ich dem Konzept zugestimmt. Es mag überraschen, wenn ein Unternehmer dafür stimmt, dass der Strom teurer wird und viele neue Gesetze und Regulierungen auf uns zukommen werden. Darum möchte ich an dieser Stelle meine Gründe für die Zustimmung darlegen. Wir haben nicht den Auftrag erhalten, die Energiewende zu beurteilen. Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben seinerzeit den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Also geht es darum, wie und nicht ob wir den Beschluss umsetzen. Der Regierungsrat hat vor zwei Jahren gesagt, dass die Thurgauer Energiewende im Rahmen der Bundespolitik erfolgen werde. Er hat versprochen, dass es zu keinen neuen und zusätzlichen Belastungen des Strompreises durch den Kanton führen werde. Diese Absicht haben wir mit der geplanten Investitionsförderabgabe (IFA) auf die Netznutzung auf den ersten Blick verfehlt. Ich habe der IFA aber trotzdem zugestimmt, weil die Mittel, rund 8 Millionen Franken pro Jahr, an die Unternehmen zurückfliessen. Und zwar unter der Bedingungen, dass Industrie und Gewerbe Energie einsparen. Das ist sicher sinnvoll, auch wenn es beispielsweise zu Ungerechtigkeiten führen kann, wenn Firmen dafür bestraft werden, dass sie schon heute sparsam mit Energie umgehen und damit innerhalb der gesetzten Frist keine Verbesserungen realisieren könnten. Ich habe mich von Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer und der Kommission überzeugen lassen, dass die IFA strikte nach fairen und marktwirtschaftlichen Bedingungen gehandhabt wird. In diesem Punkt werde ich die nächsten Vorschläge des Regierungsrates aber genau unter die Lupe nehmen. Ich erwarte, dass man sich an Zusagen und Versprechungen hält.

Martin, SVP: Der Bericht ist sehr einseitig. Das ist schon daran erkennbar, wer mitgearbeitet hat. Dann erklärt sich Vieles. Die Arbeitsgruppe bestand aus vier Subventionsempfängern, zwei Vertretern von Umweltverbänden, vier Vertretern von Stromversorgern, vier Vertretern von Amtsstellen und drei Vertretern von Lobbyorganisationen im ökologischen Bereich. Es hatte in der Kommission null Vertreter des Gewerbeverbandes, null Vertreter der Industrie- und Handelskammer, null Vertreter der energieintensiven Unternehmen, null Vertreter der Grossverteiler und null Vertreter der städtischen Grossversorger. Ich möchte einige Fakten herauspflücken. Heute produzieren wir 3,4 Millionen KWh mit Photovoltaikanlagen. Der Bericht geht von einer zusätzlichen Produktion aus, die sich verachtzigfachen soll, also auf 280 Millionen KWh Peak. Unsere Netze werden zerbersten. Sie sind dafür nicht gemacht. Diese Problematik wird im Bericht leider nicht angesprochen. Das Potenzial ist riesig, aber wir müssen es auch an Tagen nützen können, an denen die Sonne nicht scheint. Die Sachlage wurde sehr einseitig dargestellt, auch bei der Energieeffizienz. Dort geht man von einem Einsparpotenzial von 400 Millionen KWh aus. Der Bundesrat geht in Zukunft nicht von einem sinkenden, sondern von einem leicht steigenden Strombedarf aus. Diese Annahme ist schon sehr optimistisch. Wir haben auch ein Speicherproblem. Es gibt Leute, die sagen, man müsse die Elektroheizungen stilllegen, um die Photovoltaikanlagen zu pushen. Meines Erachtens sind Elektro-

heizungen nicht gut, aber es ist ein gewisser Speicherplatz vorhanden. Heimische Stromproduktion aus erneuerbaren Energien: Das Grundlagenpapier der Grünliberalen geht von 1'700 neuen Stromarbeitsplätzen im Kanon aus. Ich habe die Lohnkosten hochgerechnet. Man kommt auf 200 Millionen Franken. Rechnet man dies auf den Strompreis herunter, kommt man auf zusätzliche 11 Rappen pro KWh. Das soll auch einmal gesagt sein. Wie bereits erwähnt, wurden generell das Gewerbe und die Stromkonsumenten nicht gefragt. Es waren die Subventionsempfänger, die diesen Bericht geschrieben haben. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass jetzt eine zusätzliche Abgabe eingeführt werden soll und die Leute verknurrt werden, das Basisangebot zu nehmen. Die Leute sind weise genug, zu sehen, dass es keinen Unterschied gibt. Schliesslich ist es eine Glaubensfrage, welches Angebot man wählen will. Es ist richtig, dass die Kohleaktien boomen, weil Wettbewerb und Markt herrschen. Die Anleger an der Börse sind rationaler eingestellt als die Subventionsempfänger. Vielleicht sind einige Solarunternehmen aus diesem Grund derzeit wirtschaftlich nicht unbedingt bestens gestellt. Wir sollten die Realität im Auge behalten. Falls eine solche Förderabgabe eingeführt werden sollte, will ich alles daran setzen, dass die Thurgauer Bevölkerung darüber abstimmen kann.

Gemperle, CVP/GLP: Hier wurden gewisse Leute als Subventionsempfänger verunglimpft. Mit Subventionsempfängern sind wohl auch die Landwirte gemeint. Ich wehre mich für diesen Berufsstand. Es ist mutig, hier so etwas zu platzieren. Kantonsrat Urs Martin vertritt die Gesundheitsbranche und die Privatkliniken. Wie viel bezahlt der Staat in diesem Bereich? Meines Wissens sind die Ausgaben der öffentlichen Hand dort um ein Mehrfaches grösser. So müssen wir mit der Diskussion nicht weiterfahren. Ich war über die Falschaussage von Kantonsrat Urs Martin betreffend die kantonale KEV erstaunt. In der Pressemitteilung der "Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz" (aves) spricht man bereits im Titel von einer kantonalen KEV. Ich habe beim Vorstoss von Kantonsrat Bernhard Wälti der SP-Fraktion explizit gegen die kantonale KEV Stellung genommen, der Regierungsrat hat gegen die kantonale KEV Stellung genommen, und auch die Kommission hat sich von einer KEV distanziert. Ich weiss, dass Kantonsrat Urs Martin sehr wohl weiss, was eine kostendeckende Einspeisevergütung ist. Es ist das wichtigste Mittel des Bundes, um erneuerbare Energien und verschiedene Technologien überhaupt wirtschaftlich anwenden zu können. Sonst haben wir immer nur das Billigste. Solange der Staat die Atomkraft mit solchen Unsummen subventioniert, wird es die Atomkraft sein. Wenn wir wirklich dem Schadenspotenzial entsprechend subventionieren und unterstützen oder nicht unterstützen würden, hätte die Atomkraft, welche die aves will, keine Chance. Das ist die Realität. Ich möchte nun auf die Effizienz und die Wirtschaftsfreundlichkeit zurückkommen. Das ist mir sehr wichtig. Die Vorzeigefirma Nussbaum Matzingen AG hat solche Massnahmen eingeleitet. Der Firmeninhaber hat uns vorgerechnet, wie viel Strom er einspart. Es sind Unsummen. In drei Jahren, mit einzelnen Massnahmen bereits in einem Jahr, holte er alle Investitionen zurück. Da muss nie-

mand sagen, dass wir nicht sparen können. Wir müssen in diesem Bereich den Fokus öffnen. Ich bin selber auch Unternehmer. Ich bin Milchbauer, und ich will Milch kostengünstig produzieren, um bestehen zu können. Ich habe Mühe damit, den Energiebereich zu verstehen. Weil ich diese Themen auch politisch bearbeite, achte ich darauf. Ansonsten geht es allen Unternehmern gleich. Sie wollen in ihrem Kernbereich gut sein. Der Strompreis hat darauf eigentlich wenig Einfluss. Man kennt die Details nicht, man weiss nicht, welche Maschine wie viel Strom verursacht. Das müssen wir ändern. Darauf werden wir noch zu sprechen kommen. Es war mir wichtig, die abschätzende Aussage zu den Subventionsempfängern zu kommentieren. Allerdings bin ich wohl nicht der Einzige, der gemeint war.

Leuthold, CVP/GLP: Vor über 50 Jahren galt Kernkraft als Inbegriff von Fortschritt und Moderne. Aktuell ist der Kanton Thurgau wie ein Drogensüchtiger zu unglaublichen 75 % von Atomstrom abhängig. Unsere Wirtschaft und unsere Haushalte, wir alle sind auf eine zuverlässige Energieversorgung angewiesen. Leider führt uns der bisherige Weg aber in eine Sackgasse. Die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle ist bis heute ungeklärt, und ich zweifle ernsthaft daran, ob sich dies zu meinen Lebzeiten noch ändern wird. Der Grosse Rat hat die Gelegenheit, einen Teil der Fehler, die vor 50 Jahren verursacht wurden, zu korrigieren. Der Grundlagenbericht ist ein erster Schritt zur Lösung. Der vorliegende Bericht ist in jeder Hinsicht ein Meisterwerk. Ich möchte an dieser Stelle allen an diesem Werk Beteiligten meinen herzlichen Dank aussprechen. Die aufgezeigten Massnahmen sind umsetzbar, der Zeitplan ist realistisch, und die Mehrkosten sind bescheiden. Den einzigen Vorwurf, den man dem Verfasser vielleicht machen könnte, ist der, dass die von den Umweltverbänden aufgezeigte Strategievариante 3 praktisch bedeutungslos geblieben ist und nur noch sporadisch erwähnt wird. Wenn ich mich letztlich aber entscheiden muss, ist mir eine massvolle, nachhaltige Lösung lieber, als eine High-End-Variante, welche keine Mehrheit findet und dann in einer Schublade landet. Die Energiewende beginnt im Kopf. Vor uns liegt eine Jahrhundertaufgabe, die wir gemeinsam in kleinen Schritten meistern können. Wir müssen sie meistern, denn wir haben keine Alternative. Solarstrom lässt sich speichern. Das ist kein Gerücht und auch kein Märchen. Es gibt Technologien. Ich möchte hier "Power to gas" erwähnen, die Vergasung von Strom und anschliessende Rückführung in das Netz. Auch die Elektromobilität bietet hier Lösungen an. Noch bevor wir eine Lösung für die Endlagerung der Abfälle aus den Atomkraftwerken gefunden haben, werden wir eine solche für die Speicherung von unregelmässig anfallendem Strom gefunden haben. Davon bin ich überzeugt. Ein grosser Energiekonzern pflegte zu sagen: "Es gibt viel zu tun, packen wir es an."

Dransfeld, SP: Auch ich bin Subventionsempfänger, aber die Fördergelder sind sehr klein. Ich gehöre zu jenen, die nicht von öffentlichen Geldern leben. Als Kleingewerbebetrieb versuche ich dennoch, über die Runden zu kommen. Ich mache das gerne. Das

Gewerbe schätzt eine innovative Energiepolitik sehr wohl. Eine gewisse Skepsis gegenüber staatlichem Handeln teile ich durchaus, insbesondere dann, wenn es zu Günstlingswirtschaft oder unfairem Wettbewerb führt. Meines Erachtens sind Energieerzeugung und -verteilung von öffentlichem Interesse. Wenn man bedenkt, dass der Begriff der Nachhaltigkeit vor 200 Jahren die Holzwirtschaft geprägt hat, vor 100 Jahren die Axpo gegründet wurde und vor 50 Jahren Atomenergieprogramme lanciert wurden, waren dies immer staatliche und öffentlich unterstützte Programme. Nicht anders war es bei der Kohlewirtschaft. Es braucht staatliche Lenkung. Es geht darum, diese Lenkung gut auszugestalten. Wir dürfen unserem Energiedirektor, Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer, vertrauen, dass er die Massnahmen so auslegt, dass sie durchaus wirtschaftsfreundlich sind.

Kappeler, GP: Ich habe von Kantonsrat Urs Martin keine eigene Vorstellung oder Idee für eine Energiewende oder eine Energiezukunft im Thurgau erhalten. Ich habe die Webseite von aves Thurgau konsultiert. Dort steht, dass die Stromgestehungskosten pro KWh Nuklearstrom bei der Abgabe ans Netz heute 4 Rappen bis 6 Rappen betragen. Beim Photovoltaikstrom betragen sie 50 Rappen bis 90 Rappen. Vielleicht müsste man diese Webseite erneuern, denn heute sind wir bei etwa 20 Rappen. Es heisst dort auch: "Die Schweizer Kernkraftwerke werden seit bald vier Jahrzehnten sicher betrieben und produzieren zuverlässig Strom." Die Aussage ist sehr "schönfärberisch", wenn man weiss, welche Probleme die Schweizer Atomkraftwerke haben. Es gibt heute drei Szenarien. Ich fokussiere mich auf die Frage, wie viel der Atomstrom wirklich kostet, wenn er nicht per Steuerzahler unterstützt und indirekt subventioniert wird. Gemäss zuverlässigen Studien kostet die KWh 36 Rappen. Das ist der wahre Preis für den Atomstrom nach dem mittleren Szenario. Ginge es nach mir, könnte man sämtliche Fördermassnahmen streichen. Dann müsste der Atomstrom für 36 Rappen verkauft werden. Das geht aber nicht. Wir sind dann wieder beim Solarstrom und bei Wind- und erneuerbaren Energien. Heute besteht beispielsweise eine Deckungslücke von über 11 Milliarden Franken, was den Rückbau und das Endlager betrifft. Diesen Betrag müssen nicht wir selber, sondern unsere Enkel bezahlen. Sie müssen irgendwie für diese Kosten aufkommen. Die Versicherungssumme für ein AKW in der Schweiz beträgt heute eine Milliarde Franken. Das tönt nach viel Geld. Man rechnet im tiefen Szenario mit den Kosten, die man für Fukushima berechnet hat: 950 Milliarden Franken. Es ist nicht Greenpeace oder ein Umweltverband, der dies postuliert, sondern das Bundesamt für Zivilschutz berechnet für eine Kernschmelze in der Schweiz eine Schadenssumme von 4'200 Milliarden Franken. Diesen Betrag kann niemand versichern oder dafür die Prämien bezahlen. Deshalb ist der Atomstrom billig. Ich könnte auch ausführen, wie viel beispielsweise die Forschung jedes Jahr kostet usw. Wir sollten den Atomstrom vergessen. Er kostet pro KWh im Minimum 36 Rappen.

Martin, SVP: Ich habe mich mit keinem Wort zur Kernenergie geäussert. Ich habe nur auf die Unzulänglichkeiten des Konzeptes hingewiesen. Das möchte ich klarstellen.

Kommissionspräsident **Strupler, SVP:** Wenn jemand sagt, dass der Speicherplatz für Sonnenenergie eine Elektroheizung sein könne, befasst er sich nicht mit der Materie. Es ist eine Tatsache, dass in Deutschland 45 % Braunkohle- und Kohlestrom produziert werden. Die Produktion kann nicht heruntergefahren werden. In Deutschland ist nicht der Solarstrom das grösste Problem für die Spitze, sondern der zusätzliche Kohlestrom. Die Anlage auf meiner Scheune habe ich als Subventionsempfänger selber bezahlt. Das Risiko habe ich auf mich genommen. Die Kosten von Fr. 300'000.-- bis Fr. 400'000.-- habe ich einmal ausgegeben. Es soll mir jemand sagen, dass es sich dabei um Subventionen handelt. Natürlich habe ich einen guten Preis für die KEV vereinbart, aber ich muss einige Zeit auf die Zahlung warten. Wird das Geld an der Börse ehrlicher verdient? Ich frage mich, ob wir heute mit den Zertifikaten betrogen werden. Ich bezahle einen Aufpreis von Fr. 400.-- für Ökostrom, den ich noch zusätzlich beziehe.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer:** Ich bedanke mich für die interessante Diskussion und die vielen Komplimente. Ich danke auch für die guten Argumente. Im Grossen Rat ist im Bereich der Energie viel Fachwissen vorhanden. Die Vorschläge des Regierungsrates und seine Anträge liegen in schriftlicher Form vor. Konkret schlagen wir fünf Massnahmenpakete vor. Der Regierungsrat und das Departement für Inneres und Volkswirtschaft hören heute genau zu, was der Grosse Rat von den Vorschlägen des Regierungsrates hält. Ab morgen beginnt die Umsetzungsphase. Wir wollen aber auf den Grossen Rat Rücksicht nehmen und nicht etwas umsetzen, was von vornherein als schlecht betrachtet wird. Es ist uns deshalb wichtig, wie sich der Grosse Rat heute zu den Massnahmenpaketen äussert. Der Grundlagenbericht ist ein Expertenbericht. Wir haben die Auswahl der Experten so getroffen, dass eigentliche Energieexperten in der Kommission vertreten waren. Wenn das Gewerbe und die Industrie nicht vertreten waren, war das nicht böse Absicht. Der Expertenbericht sollte ein technischer Bericht sein, deshalb ist die Zusammensetzung der Kommission entsprechend erfolgt. Es tut mir leid, wenn diese nicht auf guten Boden gestossen ist. Wir sind dem Grundlagenbericht nicht blind gefolgt. Wir haben ihn einer kritischen Würdigung unterzogen. Auch sind wir nicht einer Empfehlung mit den Varianten gefolgt, sondern wir haben einen Mix gewählt. Die Umweltverbände haben noch eine dritte Variante vorgeschlagen. Diese haben alle gewürdigt. So sind wir zu unserem Konzept an den Grossen Rat gelangt. Es entspricht dem Konzept des Regierungsrates für eine Stromversorgung ohne Kernenergie. Es stützt sich sicher auf den Grundlagenbericht, hat diesen aber nicht einfach übernommen. In die Meinung des Grossen Rates fliesst auch die Meinung der Wirtschaftsverbände mit ein. Wir haben heute eine gute, zuverlässige und fast perfekte Stromversorgung, die den Bedarf deckt und auch sehr preisgünstig ist. Wie bereits erwähnt wurde, beziehen wir 75 % unseres

Strombedarfs aus Kernenergie. Wir müssen da nicht ideologisch argumentieren. Es ist eine Tatsache, dass die Laufzeit unserer Kernkraftwerke dem Ende zugeht. 2019 wird Mühleberg vom Netz genommen. Der Ausstiegstermin steht mittlerweile fest. Die anderen Atomkraftwerke werden noch länger produzieren. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Kernkraftwerke nicht vorher abgestellt werden müssen. Sie sollen betrieben werden, solange dies sicherheitsmässig zu verantworten ist. Vielleicht dauert dies noch bis 2035. Wir haben also noch etwas Zeit, irgendwann geht dieser Strom aber aus. Ohne Ideologie kann man feststellen, dass in der Schweiz keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden. Andernfalls müsste man jetzt damit beginnen. Die Planung vom Entschluss bis zur Fertigstellung dauert 20 Jahre. Es wäre heute also schon zu spät. Zudem würde es von allen Seiten grossen Widerstand geben. Ein neues Kernkraftwerk würde etwa 10 Milliarden Franken kosten. Die Kernkraft läuft mit der Zeit aus. Wir müssen uns damit abfinden, ob wir wollen oder nicht. Dann entsteht eine Lücke. Wir könnten jetzt nichts tun und denken, dass unsere Enkel selber schauen sollen. Wir könnten beispielsweise aber auch französischen Atomstrom oder billigen tschechischen Kohlestrom einkaufen. Der Regierungsrat vertritt die Haltung, dass wir einen Beitrag leisten sollten, damit im Thurgau auch in Zukunft eine möglichst gute und sichere Stromversorgung gewährleistet ist. Wenn wir einen Beitrag leisten wollen, müssen wir auf die Eidgenössische Stromversorgung, die Energiestrategie des Bundes, abstellen. Diese wird bald im Eidgenössischen Parlament beraten. Wir müssen selber etwas unternehmen. Dazu hat der Regierungsrat das Konzept ausgearbeitet und die fünf Massnahmenpakete vorgeschlagen. Das Förderprogramm, für welches wir recht viel Geld investieren, wollen wir beibehalten und nicht auf Stromversorgung umpolen. Das Förderprogramm ist sehr stark CO₂ ausgerichtet, denn CO₂ ist nach wie vor ein Hauptproblem für die Menschheit. Wir müssen alles daran setzen, dass der CO₂-Ausstoss und damit der Verbrauch von fossilen Energien reduziert werden. Deshalb wollen wir das Förderprogramm nicht umstellen. Wenn wir zusätzliche Massnahmen zum Umbau der Stromversorgung ergreifen wollen, müssen wir diese auch finanzieren. Deshalb sind wir auf die Investitionsförderabgabe gekommen. Der Grosse Rat müsste uns sagen, ob er gar keine Massnahmen will, die etwas kosten, oder ob wir sie aus dem bisherigen Förderprogramm oder aus anderen Steuermitteln finanzieren sollen. Die Investitionsförderabgabe wäre die Basis, um Massnahmen finanzieren zu können, weil wir nicht das Förderprogramm dafür einsetzen und mit der Leistungsüberprüfung nicht weitere Steuermittel investieren wollen. Der Grosse Rat kann mit dem Basisangebot heute Farbe bekennen. Dieses würde den Kanton und die Gemeinden nichts kosten, denn die Kosten werden auf die Konsumenten überwält. Diese Massnahme könnte man relativ leicht umsetzen. Der Grosse Rat hat die Möglichkeit, dies mit der noch zu behandelnden Motion zu regeln. Entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel werden die anderen Massnahmen umgesetzt. Sobald gesetzliche Änderungen erforderlich sind, wird der Grosse Rat mitreden können. Die Investitionsförderabgabe und das Basisangebot müssen gesetzlich geregelt werden. Die Gesetzesän-

derungen werden dem Grossen Rat vorgelegt, und er kann sie annehmen oder ablehnen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Nun diskutieren wir den Bericht gemäss Gliederung des Kommissionsberichtes, welcher auch der Beantwortung des Regierungsrats entspricht. Das Wort hat zuerst der Kommissionspräsident, Kantonsrat Walter Strupler.

II. Grundlagenbericht: Erarbeitung und Ergebnisse

Kommissionspräsident **Strupler**, SVP: In diesem Kapitel wurde bemängelt, dass der Themenkreis "Gebäudepark" gänzlich fehle. Der Regierungsrat erwägt grundsätzlich, dass das vorliegende Konzept eine Ergänzung sei und separat finanziert werden müsse.

Diskussion - **nicht benützt.**

III. Erwägungen und Vorschläge des Regierungsrates

Diskussion - **nicht benützt.**

IV. Massnahmenpakete

Wehrle, FDP: Ich spreche zu den Effizienzmassnahmen und zu den Punkten 8 und 9 im Konzept auf Seite 103. Ich beziehe mich auf die Stichworte "Potenziale" und "Wirkung" in Verbindung mit der Investitionsförderabgabe. Es heisst dort: "Im Kanton Thurgau bestehen grosse Potenziale, die bei der Umsetzung der Strategie für einen kernenergiefreien Strommix zu nutzen sind." Ich frage mich, wo die grossen, kleinen oder teilweisen Potenziale stecken. Ich möchte aufzeigen, wo vielleicht das Gewicht liegt und wo wir bei den Effizienzmassnahmen und Potenzialen ansetzen können. Ich muss dazu ein paar Zahlen in die Runde werfen. Der Thurgau ist kein Energieproduktions-Kanton. Wir beziehen 1'700 Gigawattstunden (GWh) Energie pro Jahr. Wenn wir jetzt umstellen, kommen wir vielleicht auf einen Verbrauch von 1'300 GWh pro Jahr. Diese müssen wir substituieren. Es geht um diese Zahl. Im Konzept sind zwei Potenziale aufgeführt, die angesprochen und gefördert werden sollen. Seitens der Grünen wurde moniert, dass das grosse Potenzial bei der Produktion neuer erneuerbarer Energien liege, die in aller ersten Linie gefördert werden müssen. Es stehen zwei Zahlen im Raum. Im Konzept sind 70 GWh postuliert und im Nachgang hat die Kommission auf Interventionen die Zahl von 150 GWh aufgenommen. Es sind keine 10 %, die wir im Thurgau möglicherweise durch neue erneuerbare Energien irgendwann substituieren können. Es gibt noch zwei andere Zahlen, nämlich jene der Energieeffizienz und des Stromsparens. Wir sprechen hier von einem Strommix. Es wird davon gesprochen, dass beispielsweise bei der Industrie durch bessere Effizienz 240 GWh und bei den Haushalten 200 GWh eingespart werden könnten. Damit kommen wir im Thurgau auf das wesentlich grössere Potenzial als bei der Produktion von erneuerbaren Energien. Um dies mit den Investitionsförderabgaben in

Verbindung zu bringen, möchte ich dringend darauf hinweisen, dass wir in erster Linie dort ansetzen sollten, wo das grosse Potenzial ist: Beim Sparen, bei der besseren Effizienz und bei der besseren Nutzung des Stromes. Es könnten so 400 GWh bis 450 GWh pro Jahr gespart werden. Bei den neuen erneuerbaren Energien könnten 70 GWh bis 150 GWh gespart werden. Meines Erachtens stehen zuerst das Sparen, das effizientere Nutzen der Energien und der bessere Umgang damit im Vordergrund und schliesslich die neuen erneuerbaren Energien. Wenn wir Fördergelder abzwacken, soll das Geld auch in dieser Reihenfolge fliessen und die Potenziale genutzt werden. Ich hätte nichts dagegen, wenn der Thurgau im Stromsparen und in der Effizienz der Stromnutzung in die Champions League käme. Ich möchte diesen Tipp an den Regierungsrat weitergeben.

Dransfeld, SP: Das Sparpotenzial ist wirklich sehr gross. Ich könnte in meinem Büro und in meinem Haushalt ohne weiteres die Hälfte an Energie einsparen, wenn ich etwas vernünftiger wäre, als ich es bin. Vielleicht würde es helfen, wenn die Energie teurer wäre. Meines Erachtens ist es gut, dass das Konzept des Regierungsrates von Einsparungen von lediglich 13 % bis im Jahr 2050 ausgeht. Das ist bescheiden und konservativ. Es ist erstrebenswert, dass wir das Potenzial stärker nutzen, als es der Regierungsrat angenommen hat.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer:** Der Regierungsrat beurteilt das Potenzial an erneuerbaren Energien im Kanton Thurgau bis 2020 auf 150 GWh. Später rechnen wir mit mehr. Bereits heute liegen wir bei 60 GWh oder 70 GWh erneuerbarer Energien. Es stimmt, dass das Total im Kanton Thurgau bei 1'700 GWh liegt. Der Anteil an erneuerbaren Energien ist bisher relativ klein. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Priorität auf der Effizienz liegen soll. Wir haben bestätigt, dass die Investitionsförderabgabe allenfalls für beide Zwecke eingesetzt wird. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben sich mit Ausnahme der SVP alle Fraktionen positiv zur Investitionsförderabgabe geäussert. Die FDP möchte eine Befristung. Es wird sich für uns die Frage stellen, ob wir dem Grossen Rat eine Vorlage mit einer befristeten Abgabe für beispielsweise 10 Jahre vorlegen sollen. Dies könnte der Opposition einigen Wind aus den Segeln nehmen. Wir werden dies überprüfen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

V. Zur Umsetzung des Konzeptes

Kommissionspräsident **Strupler, SVP:** Die Auswirkungen des Potenzials aus erneuerbaren Energien sind wesentlich höher als im Bericht ausgewiesen. Dies wurde auch bereits erwähnt.

Diskussion - **nicht benützt.**

VI. Auswirkungen

Diskussion - **nicht benutzt.**

Präsident: Damit ist der Auftrag aus dem erheblich erklärten Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Thomas Böni "Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom" erfüllt.